

Erklärung von "Düsseldorf stellt sich quer" zum gestrigen Montag, den 2.3.2015

- * **Düsseldorfer Polizei ignoriert Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts**
- * **Flashmob wird von der Polizei als gewalttätig diffamiert**

Seit Wochen protestierten ab 19 Uhr u.a. auf der Mintropstraße / Ecke Stresemannplatz zeitweise mehrere hundert Menschen bei angemeldeten Protestkundgebungen von DSSQ gegen die montäglichen Naziaufmärsche. Für Montag, den 23.2., vereinbarte die Polizei mit Dügida erstmals eine Marschroute, die nicht nur an einer Moschee und mehreren Flüchtlingsunterkünften vorbeiführte, sondern auch die DSSQ-Kundgebung auf der Mintropstraße völlig umzingelte und damit unmöglich machte.

Gegen diese Verhinderung der Protestkundgebung beehrte DSSQ mittels eines am Morgen des 27.2. eingereichten Antrages Rechtsschutz durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf. DSSQ forderte den grundgesetzlich geschützten ungehinderten Zu- und Abgang zur eigenen Kundgebung. Am gestrigen Montag, dem 2.3., verwehrte das VG diesen und folgte damit der Argumentation der Polizei. Das VG sah es nicht für nötig an, einen Ausgleich zwischen den konkurrierenden Demonstrationsrechten von DSSQ und den Nazis herzustellen, sondern bevorzugte den Naziaufmarsch. Zugleich folgte es der Polizeidarstellung dahingehend, dass der angekündigte Handtaschen-Flashmob ein Hinweis auf die angebliche Gewaltbereitschaft von Teilnehmer_innen der DSSQ-Protestkundgebung sei.

Gegen diesen Beschluss des VG wandte sich das Bündnis mit einer Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Münster. Während das OVG tagte, begann um 18 Uhr auf dem Mintropplatz der DSSQ-Handtaschen-Flashmob, bei dem zahlreiche individuell gestaltete Handtaschen mit Anti-Nazi-Slogans präsentiert wurden – natürlich ohne jegliche von Polizei und VG herbeiphantasierte gewaltsame Aktivitäten seitens der Teilnehmer_innen.

Um 18:40 Uhr wurde der OVG-Beschluss zugunsten von DSSQ auf dem Mintropplatz öffentlich bekanntgegeben. Bis etwa 19:10 bestritt die Polizei die Kenntnis desselben und verhinderte weiterhin durch Gitter den freien Zugang zur DSSQ-Kundgebung. Erst als DSSQ-Vertreter den OVG-Beschluss der Polizei unter Zeug_innen übergaben, räumte die Polizei die bereits vorher bestehende Kenntnis desselben ein. Erst weitere zehn Minuten später wurde für die etwa 450 wartenden Menschen eine schmale Gasse entlang der linken Häuserwand eingegittert, mit einem doppelten Polizeispalier aus behelmteten Polizist_innen versehen und so der Zugang zur DSSQ-Kundgebung gestaltet.

Die Polizei hat den OVG-Beschluss schlichtweg ignoriert. Den Teilnehmer_innen unserer Kundgebung ist der freie Zu- und Abgang nicht ermöglicht worden. Stattdessen wurde, nachdem etwa die Hälfte der wartenden Menschen den Weg durch den schmalen Zugang passiert hatte, dieser durch Polizisten versperrt. Erneut ist einer großen Zahl von Menschen die Teilnahme an der von uns angemeldeten und gerichtlich abgesicherten Kundgebung verwehrt worden.

Die Polizei hat sich von dem Gebot der Verhältnismäßigkeit verabschiedet und betreibt eine Politik der Dügida-Begünstigung und Eskalation. Trotz mehrerer Straftaten, die am gestrigen Montag aus dem Dügida-Marsch heraus begangen wurden, führte sie den Naziaufmarsch mitten durch die wartenden DSSQ-Demonstranten und setzte sie so einer vermeidbaren Gefahr durch angreifende Nazis und Hooligans aus.

Auch nach dem Vorbeimarsch der Neonazis wurde das Recht auf ungehinderten Zu- und Abgang zur DSSQ-Kundgebung von der Polizei ignoriert. Als nach längerer Zeit die Sperren aufgehoben wurden, gab es Prügeleinsätze gegen abziehende Demonstrant_innen, die das 70. Lebensjahr überschritten haben sowie brutale Festnahme-Szenen mit anschließendem Anlegen von Handfesseln gegen Jugendliche, denen Beleidigung vorgeworfen wird.

Die Polizei bricht das Recht zugunsten der Nazis und erzeugt damit vor allem bei jungen Menschen ein Bild, das nicht in ihrem Interesse sein kann. Wir fordern die Polizei auf, zur Verhältnismäßigkeit zurückzukehren. Der Naziaufmarsch muss mindestens verkürzt werden, damit sich Szenen wie die von gestern nicht wiederholen.

DSSQ wünscht allen Menschen, die von Nazis oder der Polizei verletzt wurden, gute Besserung und sichert den Opfern von Polizeiwilkkür juristische Unterstützung zu. Auch für nächsten Montag ruft das Bündnis zu Protesten gegen den Naziaufmarsch sowie zu bunten und kreativen Aktionen auf.